

Beginn der Sitzung:	20.00 Uhr
Vorsitz:	Stucki René, Präsident
Protokoll:	Müller Daniel, Sekretär
Stimmenzähler:	Müller Philipp Wiederkehr Irene Wolf-Miranda Catalina
Anwesend:	34 Mitglieder
Abwesend:	Dal Canton Ottilie Wettler Peter
Behördenvertreter:	Müller Otto, Stadtpräsident Balbiani Jean-Pierre, Vizepräsident Brunner Roger, Stadtrat Felber Johannes, Stadtrat Illi Heinz, Stadtrat Schaeren Rolf, Stadtrat Tonini Esther, Stadträtin
Weibeldienst:	Kpl Büchi Ueli PS Stutz Florian

Mitteilungen

- a) Die Kleine Anfrage von Jörg Dätwyler betreffend Vermietung Kronensaal wurde vom Stadtrat am 18. Juli 2011 beantwortet.
- b) Die Interpellation von Ueli Bayer und 22 Mitunterzeichnenden betreffend Limmatfeld "Unsere kleine Stadt" wurde vom Stadtrat am 15. August 2011 beantwortet.
- c) Die Kleine Anfrage von Angela Gullo betreffend Preisreduktionen Freibad wurde vom Stadtrat am 15. August 2011 beantwortet.
- d) Die Kleine Anfrage von Josef Wiederkehr betreffend Velohaus wurde vom Stadtrat am 15. August 2011 beantwortet.
- e) Die Kleine Anfrage von Philipp Müller betreffend Taxiverordnung und Wirtschaftsfreiheit wurde vom Stadtrat am 22. August 2011 beantwortet.
- f) Die Interpellation von Lucas Neff und 12 Mitunterzeichnenden betreffend Strassennamen wurde vom Stadtrat am 29. August 2011 beantwortet.

- g) Die nächste Gemeinderatssitzung findet am 6. Oktober 2011 statt.

Protokoll

Zum Protokoll der Sitzung vom 7. Juli 2011 wurden keine Berichtigungsanträge eingereicht.

Traktandenliste

Rochus Burtscher (SVP) möchte seine beiden Interpellationen gleichzeitig behandeln und schlägt deshalb eine Zusammenlegung der beiden Traktanden vor. Dagegen werden keine Einwände vorgebracht.

U1.24. Spezialabfahren, Sammelstellen, Altautos

Umsetzung Abfallbehälter-Konzept

Kredit

Der Stadtrat beantragt dem Gemeinderat, Folgendes zu beschliessen:

1. Für die Umsetzung des Abfallbehälter-Konzepts wird ein Kredit in der Höhe von Fr. 440'000.00 bewilligt.
2. Dieser Beschluss unterliegt gemäss Art. 4 lit. b) und c) Gemeindeordnung dem fakultativen Referendum.
3. Eine Beschwerde gegen diesen Beschluss kann innert 30 Tagen ab amtlicher Publikation schriftlich und begründet beim Bezirksrat Dietikon eingereicht werden.

Erläuterungen

Ausgangslage

Die seinerzeitige Gesundheitsabteilung (heute Amt für Umwelt und Gesundheit) erteilte 2009 der Kampagnen-Kollektiv GmbH den Auftrag, für die Stadt Dietikon ein neues Abfallbehälter-Konzept zu erstellen. Das Konzept soll die Möblierung des öffentlichen Grundes mit Behältnissen zur Entsorgung von Abfall prüfen und diesbezügliche Verbesserungsvorschläge erarbeiten. Das Bedürfnis für ein neues Konzept entstand aus dem laufenden Austausch zwischen den Abteilungen Gesundheit, Sicherheit und Werkhof im Zusammenhang mit dem bisherigen Slogan "Sauberes Dietikon". Das Kampagnen-Kollektiv empfahl damals die bedürfnisorientierte Anpassung der Kübelinfrastruktur nach Variante "Optimierung Plus". Die involvierten Abteilungen erachteten diese Variante ebenfalls als sinnvoll.

Mit der Umsetzung dieser Variante soll die Kübelkapazität insgesamt um 57 % und die Anzahl Entsorgungsbehälter um 25.4 % (um 52 auf total 257 Stück) erhöht werden. Die Umsetzung des Konzepts sollte in fünf Phasen vollzogen werden (2010 - 2014). Die Investitionskosten für diesen Ausbau betragen insgesamt ca. Fr. 418'800.00. Darin nicht enthalten sind die Aufwendungen für die Begleitarbeiten bzw. Kosten für die Erfassung, die Visualisierung und die Verwaltung der Abfallbehältnisse im übergreifenden GIS-System.

Im Rahmen einer Aussprache vom 8. März 2010 hat der Stadtrat der Variante "Optimierung Plus" grundsätzlich zugestimmt und die Höhe der Investitionskosten zur Kenntnis genommen. Um die Zielsetzung "Sauberes Dietikon" zu erreichen, sprach er sich jedoch dafür aus, dass die Umsetzung des neuen Konzepts innert einer deutlich kürzeren Frist erfolgen muss (innerhalb von ca. zwei Jahren). Gleichzeitig legte er fest, dass sowohl in der Konzeptionierungs- wie auch in der Umsetzungsphase das Amt für Umwelt und Gesundheit die Verantwortung für das Projekt trägt.

Situation heute

In der Stadt Dietikon befinden sich rund 205 Abfallbehältnisse auf öffentlichem Grund; bei der Mehrheit (rund 75.5 % der Behältnisse) handelt es sich um Drahtkörbe mit einem Volumen von 45 Litern. Die Drahtkörbe bieten ca. 55.7 % der gesamten Entsorgungskapazität von 12'845 Litern.

Die 39 Vango Star mit einem Fassungsvermögen von 110 Liter pro Stück machen rund 19 % der Behältnisse aus, damit können jedoch 33.4 % der gebotenen Entsorgungskapazität abgedeckt werden.

Im Weiteren werden mobile Abfalltonnen mit einer Kapazität von je 200 Litern eingesetzt; davon sind 7 Tonnen im permanenten Einsatz, welche 10.9 % der gesamten Entsorgungskapazität bieten. Weitere 18 solcher Tonnen werden situativ eingesetzt, insbesondere in den warmen Sommermonaten an besonderen Stellen oder an Veranstaltungen. Mit diesen zusätzlichen Tonnen lässt sich die Gesamtkapazität nach Bedarf rasch um weitere 20 % (insgesamt 2'600 Liter) erhöhen.

Die Möblierung des öffentlichen Grundes mit Abfallbehältnissen ist in der Stadt Dietikon historisch gewachsen und pragmatisch. Die Stadt setzte bis anhin nicht auf eine einzige modulare Systemlösung, sondern auf vier Teillösungen: Drahtkorb (mit/ohne Sackspender) bei geringem Abfallaufkommen und Vango Star (mit/ohne Aschenbecher) bei höherem Abfallaufkommen sowie situativ einsetzbare Abfalltonnen bei saisonbedingt hohem Abfallaufkommen. Jede dieser Lösungen ist in der Bewirtschaftung sowie im Unterhalt anders und mit anderen Mitteln zu handhaben.

Eine Übersicht der heutigen Abfallbehältnisse und ihre Platzierung ergeben nach Zuordnung in 11 Standorttypen in 3 Zonen (Übergangs-, Aufenthalts- und Bewegungszonen) folgendes Bild:

<i>Behältnisse</i>	<i>Drahtkorb (45 l)</i>	<i>Drahtkorb mit Sackspender</i>	<i>Vango Star (110 l)</i>	<i>mobile Ton- ne (200 l)</i>	<i>Volumen total</i>	
<i>Zonen</i>						
<i>Übergangszonen</i>	42	6	9	5	4'150	32.3 %
Haltestelle ÖV	26	3	8	0	2'185	17.0 %
Eingangsbereich öffentliche Einrichtungen	2	0	0	0	90	0.7 %
Parkplatz	7	1	1	0	470	3.7 %
Fussgängerübergänge	7	2	0	0	405	3.2 %
Wertstoffsammelstelle	0	0	0	5	1'000	7.8 %
<i>Aufenthaltszonen</i>	35	9	18	1	4'160	32.4 %
Parkanlage	10	4	7	1	1'600	12.5 %
Quartier/Freizeit/Sport	14	2	4	0	1'160	9.0 %
Platzbereich	11	3	7	0	1'400	10.9 %
Touristisches Ziel / Aussichtspunkt	0	0	0	0	0	0.0 %
<i>Bewegungszonen</i>	36	31	12	1	4'535	35.3 %

Einkaufsstrasse	5	0	11	0	1'435	11.2 %
Wander-/Spazierweg	31	31	1	1	3'100	24.1 %
<i>Total</i>	<i>113</i>	<i>46</i>	<i>39</i>	<i>7</i>	<i>12'845</i>	<i>100.0 %</i>

Die Verteilung der gesamten Entsorgungskapazität erfolgt beinahe gleichmässig auf die drei definierten Zonen des öffentlichen Grundes. Am meisten Kapazität steht in der so genannten Bewegungszone zur Verfügung; es sind dies insbesondere Wander- und Spazierwege sowie Einkaufsstrassen mit hohem Personenstrom und nahem Konsumangebot.

Mit 24.1 % machen die Wander- und Spazierwege den Hauptanteil der angebotenen Entsorgungskapazität aus. Sie werden gefolgt von Haltestellen des öffentlichen Verkehrs (17 %), Parkanlagen (12.5 %), Einkaufsstrassen (11.2 %) sowie Platzbereichen mit Sitzbänken (10.9 %).

Anforderungen an die Behältnisse nach Standorttypen

Ausgehend von der Überlegung, dass verschiedene Standorttypen aufgrund der Kundinnen und Kunden, der Nutzung/Nutzungsintensität, der Personenströme sowie des nahen Konsumangebotes unterschiedliche Anforderungen an eine Entsorgungsinfrastruktur stellen, ergibt sich folgende bedürfnisorientierte Möblierung mit Entsorgungslösungen nach Standorttypen:

Kapazität: Es sind 3 Volumenvarianten erforderlich: Kleinlösungen (45 - 70 l) für Standorte mit geringem Abfallaufkommen/geringer Personenfrequenz, mittlere Lösungen (110 - 150 l) für Standorte mit mittlerem bis hohem Abfallaufkommen/ mittlerer bis hoher Personenfrequenz sowie Grosslösungen (> 200 l) für Standorte mit hohem Abfallaufkommen und hoher Personenfrequenz.

Zusatzfunktionen: Neben der Möglichkeit zur Entsorgung von Abfall, welcher unterwegs anfällt, gilt es die Bedürfnisse von Hundehaltenden (Hundekotversäuberung) und Rauchenden (Entsorgung von Zigarettenkippen) zu berücksichtigen.

Installationsart: Fixe Installation von ständigen Lösungen, mobile Installationen zur Überbrückung von saisonal- oder ereignisbedingten Anforderungen (z.B. Grillplätze im Sommer, Fest- und Marktveranstaltungen).

Fazit

- Die aktuelle Möblierung des öffentlichen Raumes der Stadt Dietikon mit Entsorgungsbehältnissen bewegt sich gesamthaft im unteren Kapazitätsbereich. Aufgrund der zu erwartenden Steigerung des auf öffentlichem Grund entsorgten Abfalls zeigt sich bereits heute, dass die gebotene Kapazität nicht ausreichend ist und die Kübel häufiger geleert werden müssen, was wiederum zu steigenden Entsorgungskosten führt. Es ist daher eine Entwicklung hin zu Behältnissen mittlerer Kapazität (idealerweise 150 l) zu forcieren.
- Dem Systemgedanken ist mehr Gewicht beizumessen: Idealerweise wird ein Entsorgungssystem gewählt, das sowohl in Bezug auf die Volumenvarianten als auch bezüglich der Zusatzfunktionalitäten (Hundekot, Zigarettenkippen) flexible Lösungen bietet.
- Handlungsbedarf besteht insbesondere in Bezug auf folgende Aspekte:

Behältnisse: Die Drahtkörbe genügen in Bezug auf Volumen, Zusatzfunktionalität und Hygiene den Anforderungen der Zeit nicht. Sie sind durch 70 Liter-Behältnisse (mit/ohne Zusatzfunktionen) zu ersetzen.

19. Sitzung vom 1. September 2011

Standorttypen: Die Ausstattung von Bushaltestellen weist markante Lücken auf. So befindet sich nicht an jeder Haltestelle auch ein Entsorgungsbehältnis; nur selten existiert dort auch eine Möglichkeit zur korrekten Entsorgung von Zigarettenkippen. Weitere Standorte mit Entsorgungsdefizit sind: Öffentliche Parkplätze, Platzbereiche sowie Parkanlagen.

Zusatzfunktionalität: Zwar bietet die Stadt Dietikon in der Variante "Drahtkorb mit Sackspender" rund 46 bedarfsgerecht installierte Lösungen für Hundehalter, diese Drahtkörbe sind für die Entsorgung von Hundekotsäcken jedoch aufgrund des Füllgrades und der Geruchsemissionen suboptimal. Besser wäre hier eine "geschlossene Lösung".

Die Raucherthematik (Entsorgung von Zigarettenkippen) wird lediglich mit den v.a. im Zentrumsbereich gestellten Vango Star-Behältern angesprochen. Ausgerechnet an Übergangszonen wie den Bushaltestellen, wo die korrekte Entsorgung von Kippen ein andauerndes Thema ist, sind die heutigen Lösungen der Stadt Dietikon nicht bedarfsgerecht.

Leitsätze für eine zukünftige öffentliche Abfallentsorgung "Sauberes Dietikon"

Die Stadt Dietikon stellt und bewirtschaftet für die Nutzer des öffentlichen Grundes bedürfnisorientierte Abfallbehältnisse und gewährleistet damit Sauberkeit sowie Sicherheit im öffentlichen Raum. Besondere Rahmenbedingungen, Herausforderungen und Leitsätze sind:

Gesteigerte Nutzung des öffentlichen Raumes:

Auf die gesteigerte Nutzung des öffentlichen Raumes (Konsumangebot, Freizeit, steigende Personenströme und Abfallmengen durch zunehmendes "Littering" etc.) reagiert die Stadt Dietikon flexibel.

Abfallbehältnisse werden bedürfnis- und ereignisorientiert gestellt.

Bewirtschaftung, Unterhalt und Pflege:

Die zur Verfügung gestellte und bewirtschaftete Entsorgungsinfrastruktur folgt der Maxime "Einfachheit und Standardisierung" (Einsatz von 2 - 3 Modellen).

Hohe Lebensdauer und gepflegtes Erscheinungsbild der Abfallbehältnisse sind durch eine regelmässige, im Schadensfall umgehende, Reparatur und Reinigung (Behälter, Kleber, Plakate, Graffiti etc.) zu fördern. Dabei sind ökologische Kriterien zu berücksichtigen.

Aufstellichte, Dimensionierung und Platzierung:

Abfallbehältnisse sind insbesondere am Rande der Gehbereiche von Fussgängern anzubringen, so dass keine Einengung der Gehbereiche auftritt; Einfüllöffnungen sind in Richtung der Gehbereiche zu positionieren.

Die Aufstellichte ist so zu wählen, dass sich für zusammenhängende Strassenabschnitte eine gleichmässige Leerungshäufigkeit ergibt; max. Abstand zwischen 2 Behältnissen ist 300 Meter.

Das Volumen der Abfallbehältnisse ist so zu wählen, dass max. 2 Leerungen pro Tag und Behältnis notwendig sind.

Vandalismus:

Die Entsorgungsinfrastruktur muss bestmöglichen Schutz vor Vandalenakten bieten.

Der Schutz der Entsorgungsinfrastruktur vor Zerstörung und Verunreinigung ist mit weiteren präventiven und repressiven Massnahmen zu begleiten.

Raucher- und Hundekot-
thematik:

Die Stadt Dietikon bietet situativ Lösungen/Behältnisse zur korrekten Entsorgung von Zigarettenkippen und Hundekot an.

Umsetzung Konzept "Optimierung Plus"

Die installierten 39 Vango Stars sind gut eingeführte und allgemein akzeptierte Problemlöser für das Mittelsegment (110 - 150 l) und machen bereits einen Fünftel (19 %) der bestehenden Abfallkübelinfrastruktur aus; diese weiterzuführen und auszubauen entspricht dem Bedürfnis nach Problemlösung und Investitionsschutz.

Das neue "70-l-Modell", mit modular verfügbaren Zusatzfunktionen, wird als Neuerung im Kleinssegment eingeführt: Zum einen sorgt dieses neue Modell für eine Erhöhung der verfügbaren Entsorgungsgesamtkapazität um 4'300 Liter (+33.5 %, inkl. 13 neue Platzierungen) und genügt aktuellen Hygieneansprüchen, zum anderen bietet es eine bedarfsorientiert umsetzbare Option für die Entsorgungsansprüche von Hundehaltenden und Rauchenden. Durch die Volumensteigerung soll der Aufwand bei der Bewirtschaftung reduziert werden (neu 2 statt wie bisher 3 Leerungen/Woche).

Zwar besteht im Segment Grosslösungen ein Bedürfnis nach einzelnen Lösungen, z.B. Unterflur mit einer Kapazität von mehr als 500 Litern (v.a. im Zentrumsbereich und in Parkanlagen). Diese wirtschaftlich zu betreiben, ist aufgrund der geringen Anzahl und Bedeutung für die Stadt Dietikon nicht durchführbar (Vergabe an Dritte oder Beschaffung neuer Fahrzeuge durch den Werkhof).

Aufgrund der bisherigen Ausführungen ergibt sich folgendes Massnahmenbündel:

Anzahl Behältnisse	Mittelsegment ohne Sackspender (45 → 70 l)			Mittelsegment mit Sack- spender/Ascher (45 → 70 l)			Vango Star (110 - 150 l)			mobile Tonne (200 l)			Volumen total		
	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz
Übergangszonen	42	46	+4	6	6	-	9	31	+22	5	5	-	4'150	8'050	+3'900
Haltestelle ÖV	26	29	+3	3	3	-	8	21	+13	0	0	-	2'185	4'550	+2'365
Eingangsbereich öffentliche Ein- richtungen	2	1	-1	0	0	-	0	1	+1	0	0	-	90	180	+90
Parkplatz	7	9	+2	1	1	-	1	8	+7	0	0	-	470	1'580	+1'110
Fussgänger- übergänge	7	7	-	2	2	-	0	1	+1	0	0	-	405	740	+335
Wertstoffsammel- stelle	0	0	-	0	0	-	0	0	-	5	5	-	1'000	1'000	-
Aufenthaltszonen	35	44	+9	9	7	-2	18	27	+9	1	7	+6	4'160	7'940	+3'780
Parkanlage	10	14	+4	4	3	-1	7	8	+1	1	7	+6	1'600	3'470	+1'870

Quar- tier/Freizeit/Sport	14	18	+4	2	2	-	4	5	+1	0	0	-	1'160	1'950	+790
Platzbereich	11	12	+1	3	2	-1	7	14	+7	0	0	-	1'400	2'520	+1'120
Touristisches Ziel/ Aussichtspunkt	0	0	-	0	0	-	0	0	-	0	0	-	0	0	-
Bewegungszonen	36	36	-	31	33	+2	12	15	+3	1	1	-	4'535	6'680	+2'145
Einkaufsstrasse	5	4	-1	0	0	-	11	12	+1	0	0	-	1'435	1'600	+165
Wander- /Spazierweg	31	32	+1	31	33	+2	1	3	+2	1	1	-	3'100	5'080	+1'980
Total	113	126	+13	46	46	-	39	73	+34	7	13	+6	12'845	22'470	+9'625

Zusammenstellung der Möblierungskosten

Neu- resp. Ummöblierung der bestehenden Abfallbehälter,
ersetzen/austauschen der Drahtkorbmodelle (mit/ohne Zusatzfunktionen),
inkl. De- und Montagekosten

Fr. 418'800.00

Erfassung, Visualisierung und "Verwaltung" der Abfallbehältnisse
im GIS-System, Erarbeiten neuer Kübelleerungstouren

Fr. 15'000.00

Erstellen und Ausschreibung Submission

Fr. 6'200.00

Total Investitionen/Ersatzbeschaffungen

Fr. 440'000.00

Für die Kostenberechnung wurde ein Ansatz inkl. Demontage- und Montagekosten von Fr. 2'000.00 (Vango Star Modelle Fr. 2'200.00) gewählt.

Alle Kostenangaben sind als Schätzungen zu betrachten. Im Finanzplan der Stadt Dietikon sind in den Jahren 2011 und 2012 insgesamt Fr. 440'000.00 enthalten.

Weiteres Vorgehen

Die Ersatz- und Neumöblierung des öffentlichen Grundes mit Behältnissen zur Entsorgung von Abfall aus dem Konsum, welcher unterwegs anfällt, unterliegt aufgrund der Kredithöhe den Bestimmungen der Interkantonalen Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen (IVöB). Nach der Kreditgenehmigung durch den Gemeinderat wird das Amt für Umwelt und Gesundheit in Zusammenarbeit mit dem Werkhof die Submissionsunterlagen erstellen und die Auftragsvergabe öffentlich ausschreiben. Mit der Umsetzung des Abfallbehälterkonzepts soll noch in diesem Jahr begonnen werden. Bis Ende 2012 soll es vollumfänglich umgesetzt sein.

Referentin RPK: Christiane Ilg

Christiane Ilg (EVP) erklärt, dass über Abfallbehälter, Littering und Abfall allgemein schon oft verschiedene Gespräche und Diskussionen geführt wurden. Kampagnen sind nötig. Das Abfallbehälterkonzept ist nur ein Teil dieser Aktivitäten zur Sauberhaltung der Stadt. Mit der Anschaffung von neuen Behältern können grössere Mengen entsorgt werden und die Behälter müssen dadurch weniger häufig geleert werden. Die einzeln Leerungstouren werden aber mehr Zeit beanspruchen.

19. Sitzung vom 1. September 2011

Das neue System soll mehr Sauberkeit garantieren. Für eine zukünftige öffentliche Abfallentsorgung sind folgende Punkte berücksichtigt worden: Gesteigerte Nutzung des öffentlichen Raumes, Bewirtschaftung, Unterhalt und Pflege, Aufstellichte, Dimensionierung und Platzierung, Vandalismus sowie Raucher- und Hundekothematik. Die Kapazität soll um 57 % erhöht werden. Die Umsetzung des Abfallbehälterkonzeptes kostet Fr. 440'000. Die RPK hat dem Antrag des Stadtrates einstimmig zugestimmt.

Diskussion:

Christiane Ilg (EVP) stellt fest, dass ein sauberer öffentlicher Raum auch mehr Sicherheit ausstrahlt. Die EVP-Fraktion stimmt dem Antrag einstimmig zu.

Max Wiederkehr (CVP) meint, dass das Abfalleimerkonzept eine weitere Massnahme im Kampf unserer Stadt gegen weggeworfenen Abfall ist. Das Konzept muss allerdings als Zangegeburt bezeichnet werden. Unter dem Slogan "Sauberes Dietikon, wir packen's an!" wurde seit 2007 geworben. Im Jahr 2009 wurde beschlossen, dass ein Abfallbehälterkonzept entworfen werden muss. Jetzt, also im Jahr 2011, wird der Kredit vorgelegt. Die Kübel werden 2012 aufgestellt. Der Stadtrat kann über den Ablauf der Planung nicht stolz sein. Wie man gehört hat, haben die Kübel eine kleinere Öffnung. Abfallsäcke von Haushalten können nicht eingeworfen werden. Die CVP erachtet das Konzept trotz wenn und aber als richtig und stimmt einstimmig zu.

Martin Romer (FDP) hofft, dass parallel zur kostspieligen Investition die Prävention und Präsenz durch einen Ordnungsdienst in der Infrastrukturabteilung und die Repression und Präsenz durch die Polizei als flankierende Massnahmen verstärkt werden. Es ist zu hoffen, dass mit dem neuen Konzept auch die private Müllentsorgung in den öffentlichen Behältern zu später Stunde abnehmen werden. Hilfreich ist das System möglicherweise auch für jene Damen und Herren, die leere Cola-, Red Bull- oder Bierdosen sowie sonstigen Abfall auf Pfosten, Gartenmauern usw. platzieren. Wenn die Leerungstouren ebenfalls angepasst werden, sodass die Abfalleimer nicht mehr überquellen, sind wir auf dem richtigen Weg. Die FDP-Fraktion stimmt dem vorliegenden Antrag einstimmig zu.

Lucas Neff (Grüne) stellt fest, dass auch die Grünen dem Abfallkonzept zustimmen. Es ist im Moment die beste Symptombekämpfung für Dietikon. Man hat aber die Hoffnung, dass irgendwann an die Ursache gegangen wird. Red Bull verleiht Flügel. Samuel Spahn erfährt das in seinem Acker. Red Bull verleiht den Dosen Flügel, die aber nur bis zu seinem Acker fliegen. Irgendwann wäre es an der Zeit, dass jene Firmen, die Abfallprodukte herstellen, auch für die Entsorgung besorgt sein müssen.

Abstimmung:

Der Gemeinderat beschliesst grossmehrheitlich:

1. Für die Umsetzung des Abfallbehälter-Konzeptes wird ein Kredit in der Höhe von Fr. 440'000.00 bewilligt.
2. Dieser Beschluss unterliegt gemäss Art. 4 lit. b) und c) Gemeindeordnung dem fakultativen Referendum.
3. Eine Beschwerde gegen diesen Beschluss kann innert 30 Tagen ab amtlicher Publikation schriftlich und begründet beim Bezirksrat Dietikon eingereicht werden.

Mitteilung an:

- Sicherheits- und Gesundheitsabteilung;
- Stadtrat.

19. Sitzung vom 1. September 2011

L2.7.FonH. Schwimmbad Fondli, Hallenbad

Energieeinsparungen Hallenbad Fondli nach der Sanierung

Interpellation

Max Wiederkehr, Mitglied des Gemeinderates, hat am 21. Juni 2011 folgende Interpellation eingereicht:

"Der Betrieb von Hallenbädern benötigt sehr viel Energie für Heizung und Wasseraufbereitung. Unser Hallenbad in Dietikon wurde 2006 bis 2007 total saniert. Bei der Abstimmung über den Sanierungskredit wurde in den Abstimmungsunterlagen auch klar geschrieben, dass die neuen technischen Installationen dank optimaler Gebäudeisolation sowie moderner Energierückgewinnungssysteme und Solarenergienutzung zukünftig weniger Primärenergie wie Elektrizität und fossile Brennstoffe verbrauchen würden.

In diesem Zusammenhang erlaube ich mir, dem Stadtrat folgende Fragen zu stellen:

- 1. Wie begründet der Stadtrat die Tatsache, dass die Gesamt-Energiekosten für Garten- und Hallenbad von Fr. 147'232 im Jahre 2004 auf Fr. 267'351 im Jahre 2010 gestiegen sind (Quelle: Jahresrechnung der Finanzabteilung)? Die Energiekostensteigerungen werden wohl nicht der alleinige Grund sein.*
- 2. Wurden die Energieverbrauchsdaten sowohl vor als auch nach der Sanierung gemessen? Wenn ja, wie lauten diese? Wenn nein, wieso wurde das unterlassen?*
- 3. Handelt es sich um konzeptionelle Mängel der erneuerten Anlagen?*
- 4. Wurden die technischen Systeme auf der Basis der Erfahrungen der ersten zwei Jahre nach der Sanierung betriebs- und energieoptimiert? Wenn ja, wann und durch wen wurde die Optimierung durchgeführt und wo lag das Energieoptimierungspotential? Wenn nein, wann gedenkt der Stadtrat, eine solche Optimierung durchführen zu lassen?"*

Begründung:

Max Wiederkehr (CVP) erklärt, dass er mit seiner Interpellation Auskunft über die Energieeinsparungen im Hallenbad Fondli seit dessen Sanierung will. Das Hallenbad wurde 2006 bis 2007 total saniert. In den Abstimmungsunterlagen war genau beschrieben, dass die technischen Einrichtungen dank optimaler Gebäudeisolation und moderner Energierückgewinnungssysteme zukünftig weniger Primärenergie verbrauchen würden. In den Rechnungen der letzten Jahre wurde jedoch festgestellt, dass der Aufwand von ca. Fr. 150'000 im 2004 auf ungefähr Fr. 270'000 im Jahr 2010 gestiegen ist. Man fragt sich deshalb, ob die neu installierten Systeme richtig funktionieren. Oder waren die damals ermittelten Werte überhaupt realistisch berechnet worden?

Ratspräsident René Stucki stellt fest, dass dem Stadtrat für die Beantwortung der Interpellation gemäss § 57 der Geschäftsordnung drei Monate zur Verfügung stehen.

S1.0424. Schulsozialarbeit

Schulsozialarbeit

Beantwortung Interpellation

Thomas Wirth, Mitglied des Gemeinderates, hat am 3. März 2011 folgende Interpellation eingereicht:

"Per Anfang 2010 wurde die Schulsozialarbeit (SSA) in Dietikon aufgehoben. Dies, nachdem die Stimmbevölkerung eine Erhöhung auf 290 Stellenprozente abgelehnt und damit die definitive Einführung verhindert hat. Der Stadtrat wird aufgefordert, Bericht darüber zu erstatten, was die allfälligen positiven bzw. negativen Folgen dieser fehlenden Institution sind, und wie sich die Arbeitsbereiche der bisherigen Schulsozialarbeit aufteilen.

Insbesondere interessieren folgende Fragen:

- 1. Was sind generell die Erfahrungen in der Dietiker Schule nach gut einem Jahr ohne Schulsozialarbeit?*
- 2. Hat die Abschaffung der Schulsozialarbeit Mehraufwand generiert? Für wen?*
- 3. Welche Kosten (externe Interventionen, Fallübernahme durch SPD) sind entstanden für Fälle, die bisher durch die SSA betreut wurden?*
- 4. Wer, anstelle der Schulsozialarbeit, organisiert die Präventionsprojekte (Suchtprävention, Gewaltprävention, andere)?"*

Die Interpellation von Thomas Wirth wird wie folgt beantwortet:

Zu Frage 1: Mit dem Wegfallen der Schulsozialarbeit (SSA) verlor die Schule Dietikon ein niederschwelliges Element der Kinder- und Jugendhilfe vor Ort. Damit entfiel ein Handlungs- und Aufgabengebiet mit folgenden Aufgaben: Beratungen und Kriseninterventionen im Einzelfall oder in Klassen; gezielte Präventionsarbeit in den Bereichen Sucht, Gesundheit und Gewalt; Begleitungen bei der Reintegration; Vernetzung; Case-Management etc. Der Grundtenor der Schuleinheiten ist: Die Schulsozialarbeit fehlt an allen Ecken und Enden. Es mangelt an Zeitressourcen für eine niederschwellige Bearbeitung. Interventionen sind oft erst auf höherer Eskalationsstufe möglich und binden enorme personelle Ressourcen der Schulleitungen und Lehrpersonen zulasten ihrer Kernaufgaben. Damit einher geht eine stärkere Belastung. Der Druck, schwerwiegende Massnahmen wie vorübergehender Ausschluss aus dem obligatorischen Unterricht, definitiver Ausschluss aus der Schule oder kostspielige ausserschulische Lösungen wählen zu müssen, nimmt zu. Zudem sind die Schulleitungen ohne Schulsozialarbeit in einer problematischen Doppelrolle (beraten versus sanktionieren).

Zu Frage 2: Die Mehrbelastung durch das Wegfallen der SSA ist ein Faktum und führt notgedrungen zu Abstrichen an der Arbeitsqualität der Mitarbeitenden, welche die Auswirkungen der Abschaffung der Schulsozialarbeit heute zu tragen haben. Dieser zusätzliche Faktor nagt an der Arbeitszufriedenheit der Beteiligten und erhöht die Belastung. Dies führt im Einzelnen zu folgenden Auswirkungen:

- Lehrpersonen: Die Lehrpersonen sind bereits auf der Primarstufe vermehrt mit schwierigen und belastenden Fragestellungen konfrontiert und es fehlt die sozialpädagogisch ausgebildete Ansprechperson. Solche Konflikte verschärfen sich in der Regel auf der Sekundarstufe und die Lehrpersonen fühlen sich alleingelassen. Als Folge davon können sich Konfliktherde schneller ausweiten, da die Früherkennung und –bearbeitung vielfach verpasst wird. Die Arbeitszufriedenheit leidet darunter. Besonders stark betroffen sind die hauptverantwortlichen Klassenlehrpersonen.
- Schulleitungen: Die Schulleitungen werden anstelle der Schulsozialarbeit zur ersten Anlaufstelle und werden in ein Case-Management "hineingedrückt". Angesichts der Häufung der Fälle (Disziplinarfälle, belastete Klassen, problematische Gruppenbildungen usw.) sowie der begrenzten Ressourcen des Schulpsychologischen Dienstes (SPD) und der Jugend- und Familienberatung (JFB) müssen die Schulleitungen Arbeitszeit aus ihren Kernaufgaben, wie Personalführung, Schulentwicklung, Administration, opfern. Letztlich kommt auch die Konzeptarbeit im Bereich Prävention zu kurz – ein unglücklicher Teufelskreis.

19. Sitzung vom 1. September 2011

- Schulpsychologischer Dienst (SPD): Bei Disziplinarproblemen und Klasseninterventionen wird der SPD häufiger konsultiert, was zulasten der Abklärungs- bzw. Beratungsarbeit geht oder sich in massiver Mehrarbeit (vor allem beim Leiter SPD) manifestiert. In der Schule fehlt eine Instanz, welche die Fälle übernimmt und weiter begleiten kann. Es bleibt kaum Zeit für die Bearbeitung komplexer psychosozialer Umstände, und die Probleme verschärfen sich in einer entscheidenden Entwicklungsphase der Jugendlichen. Der SPD kann die fehlende Früherfassung und -intervention vor Ort nicht leisten.
- Vormundschaftsbehörde (VB) sowie Jugend- und Familienberatung (JFB): Die Gefährdungsmeldungen gem. Art. 307 ZGB nehmen zu, was zu vermehrten Abklärungen führt. Eine Aussprache zwischen Schulleitungskonferenz, VB und JFB hat gezeigt, dass die Möglichkeiten und Ressourcen der VB und der JFB begrenzt sind.
- Sozialabteilung: Oft gelangen ausgeschulte Schülerinnen und Schüler früher oder später zur Sozialabteilung.
- Schulabteilung, Schulverwaltung und Schulbehörde: Die Zunahme der gravierenden Fälle, die der Behörde übergeben werden, binden in zunehmendem Masse deren zeitliche Ressourcen.

Zu Frage 3: Grundsätzlich sind Mehrkosten entstanden, jedoch schwer zu quantifizieren. Exemplarisch soll jedoch das Folgende festgehalten werden: In einer Schuleinheit wurde in Zusammenarbeit zwischen Schulleitung und SPD bei drei Mittelstufenklassen eine externe Intervention durchgeführt. Zusammen mit einer zusätzlichen, durch den Kanton bewilligten halben Stelle belaufen sich die Kosten für das Schuljahr 2010/11 auf ca. Fr. 40'000.00. Beim SPD fällt – vor allem bei der Leitung – Überzeit im Umfang von ca. 20 % an, die nicht zulasten der Kernaufgaben kompensiert werden kann. Die JFB spricht von einer Zunahme der Arbeitsbelastung im Umfang von ca. 10 Stellenprozenten. Für die Schulleitungen und Lehrpersonen gibt es keine Kompensationsmöglichkeiten; die Mehrbelastung geht zulasten der Kernaufgaben. Die hohe Zahl an fremdplatzierten Schülerinnen und Schüler in externen Einrichtungen - vor allem auf der Sekundarstufe – sind ausgesprochen kostspielig und variieren je nach Einrichtung. Eine Reintegration ist ohne gezielte professionelle Begleitung der Schulsozialarbeit zumeist zum Scheitern verurteilt.

Zu Frage 4: Prävention muss auch ohne Schulsozialarbeit Anliegen und Aufgabe der Schulen bleiben. In allen Schuleinheiten haben die Schulleitungen die Verantwortung hierfür übernommen. Für komplexe Projekte mangelt es an Ressourcen. Die Zusammenarbeit mit externen Fachstellen braucht ebenfalls Zeit; Prävention lässt sich nicht einfach outsourcen. Zurzeit legen viele Dietiker Schuleinheiten ihr Schwergewicht auf die Festigung der Schulhauskultur. Oft sind jedoch die Schulleitungen durch akute Fälle derart beansprucht, sodass die hierfür nötige Zeit fehlt.

Diskussion:

Thomas Wirth (EVP) erklärt, dass die Antwort in ihrer Deutlichkeit keinen Zweifel offen lässt. Mit der Schulsozialarbeit ist ein Instrument weggefallen, das für die Schule sehr wichtig war. Der Antwort ist auch eine Auflistung von Aufgaben zu entnehmen, die nun andere Institutionen übernehmen mussten. Die Schulsozialarbeit fehlt an allen Enden und Ecken. Ohne sozialpädagogische Abklärungen werden die Konflikte erst auf einer höheren Stufe behandelt und können nicht niederschwellig angegangen werden. Der Stadtrat teilt mit, dass Kosten entstanden, diese aber schwer zu beziffern sind. Bei den Schulleitungen, dem SPD und der JFB fällt erheblicher Mehraufwand an. Auch die Lehrpersonen sind mehr gefordert. Eine Kompensationsmöglichkeit dieses Aufwandes gibt es nicht. Die Einsparung durch die Abschaffung der Schulsozialarbeit kostet letztlich mehr. Die Herausforderungen an die Schule werden nicht kleiner, sondern grösser. Seit der Volksabstimmung sind 2 Jahre vergangen. Der Schulvorstand Jean-Pierre Balbiani hat die Abschaffung der Schulsozialarbeit damals als sehr bedauerlich bezeichnet. Es ist auch sehr schade, dass das neue Kinder-

und Jugendhilfegesetz nicht griffiger ist und die Gemeinden konkreter verpflichtet, die Schulsozialarbeit einzuführen.

Pius Meier (CVP) stellt fest, dass ihn die Interpellationsantwort nicht überrascht. Bei der Beratung der damaligen Vorlage und der Abstimmung konnten die Folgen vorausgesehen werden. Mit Bedauern müssen wir heute zur Kenntnis nehmen, dass Gaudenz Buchli und die Schulpflege damals Recht hatten. An vorderster Front haben sie dafür gekämpft. Die CVP hat das voll unterstützt und sich in einem Abstimmungskomitee dafür eingesetzt. Wie es vorausgesehen wurde, rächt sich die Abschaffung der Schulsozialarbeit nun. Es verursacht immense Kosten und bringt die Beteiligten an die Grenze der Belastbarkeit. FDP und SVP stehen in der Pflicht, den Scherbenhaufen zu kitten. Bis heute sind sie aber nicht aktiv geworden. Die Mehrheit der Vertreter dieser Parteien konzentriert sich lieber auf destruktive Kritik. Im Januar 2012 wird ein neues Kinder- und Jugendschutzgesetz in Kraft gesetzt. Die Schulsozialarbeit soll auf dieser Basis wieder eingeführt werden können. Die CVP erwartet, dass Dietikon als erste Gemeinde die Schulsozialarbeit wieder einführt. Jetzt gilt es schnell zu handeln, damit der Scherbenhaufen nicht noch grösser wird.

Catalina Wolf (Grüne) erklärt, dass sie seit einiger Zeit in einem Kinderintegrationsprojekt in Dietikon arbeitet und einen Teil der Problematik aus eigener Erfahrung kennt. Durch den Wegfall der Schulsozialarbeit können sich die Lehrpersonen immer weniger auf ihre Kernaufgaben konzentrieren. In über zwei Dritteln der Zürcher Schulen ist die Schulsozialarbeit ein fester Bestandteil der Institutionen. Warum sollte Dietikon als fünftgrösste und einer der ausländerreichsten Städte des Kantons Zürich darauf verzichten? Das neue Kinder- und Jugendhilfegesetz verpflichtet die Gemeinden, ein bedarfsgerechtes Angebot zu schaffen. Gemäss Amt für Jugend und Berufsberatung müsste die Schulsozialarbeit bei 2'500 Schülerinnen und Schüler einen Umfang von 2.8 bis 4.2 Stellen umfassen. Da dies gemäss Gesetz nicht verbindlich vorgeschrieben ist, wird die Grüne Partei demnächst einen Vorstoss einreichen, in welchem die Wiedereinführung der Schulsozialarbeit gefordert wird.

Sven Koller Metzler (SP) stellt fest, dass eine Mehrheit der Dietiker Bevölkerung sich für die Abschaffung der Schulsozialarbeit entschieden hat. Es zeigt sich nun, dass es sich nicht gelohnt hat. Mehr als das, was man einsparte, hat man bisher wieder ausgegeben. Schüler, die Schwierigkeiten haben, werden unter anderem von der Schulsozialarbeit unterstützt. Die Schulleiter haben ohnehin schon eine grosse Aufgabe zu erledigen. Wenn dann auch noch schwierige Schüler dazu kommen, ist das kaum zu schaffen. Für Eltern ist es wichtig, wie die Schule organisiert ist. Für sie kann sogar bei der Wohnsitzwahl entscheidend sein, ob eine Schulsozialarbeit vorhanden ist oder nicht. Das Kinder- und Jugendhilfegesetz verlangt bedarfsgerechte Schulangebote. Wer soll denn einen Bedarf an Schulsozialarbeit haben, wenn nicht Dietikon.

Rochus Burtscher (SVP) meint, dass die Abschaffung der Schulsozialarbeit der Überheblichkeit und Arroganz jener Kreise zu verdanken ist, die die Meinung der SVP damals nicht ernst genommen haben. In einem demokratischen Verfahren ist die Schulsozialarbeit durch eine Mehrheit der Bevölkerung an der Urne abgeschafft worden. Die Schulpflege hatte während mehr als sieben Jahren die Schulsozialarbeit in einem Versuch geführt. Die Schulbehörde wollte dann die Stellenprozente von 200 auf 380 erhöhen, wogegen sich die SVP-Fraktion gewehrt hat. Auf Druck des Stadtrates wurde der Antrag der Schulpflege auf 290 Stellenprozente reduziert. SVP-Schulpfleger schlugen daraufhin einen Kompromiss von 250 Stellenprozenten vor, was jedoch mehrheitlich abgelehnt wurde. Die EVP konnte für den Kompromiss nicht gewonnen werden, weshalb die SVP letztlich das Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss ergreifen musste. Mit der damaligen Unterstützung der EVP im Gemeinderat würde die Schulsozialarbeit noch heute bestehen. FDP und SVP wären bereit gewesen, einem Kompromiss von 250 Stellenprozenten zuzustimmen.

Werner Hogg (FDP) stellt fest, dass gemäss Geschäftsbericht 2010 in der Schule und bei der Verwaltung 270 Personen beschäftigt waren. Bei der Schulsozialarbeit sind anfangs 2010 zwei Stellen weggefallen, was weniger als ein Prozent der Arbeitskräfte ausmacht. Die Aufgabe wurde dann auf

verschiedene Stellen aufgeteilt. Die vorgebrachten Klagen über Mehrarbeit für diese minimale Zusatzbelastung sind ein Hohn gegenüber allen Industriearbeitern, die in der heutigen Wirtschaftssituation Arbeitszeiterhöhungen hinnehmen müssen. Es ist zu vermuten, dass die Schule alle ihre Probleme aufgelistet hat und nun der fehlenden Schulsozialarbeit anhängt. Bei der Beratung der Jahresrechnung ist seinerzeit klar geworden, dass die Schulpflege die Finanzen nicht im Griff hat. Im Rahmen der Beratung der definitiven Einführung der Schulsozialarbeit in Kommission und Gemeinderat wollte die FDP Auskunft über die Erfolge der siebenjährigen Versuchsphase. Die Schule war jedoch nicht in der Lage, entsprechende Auskünfte zu geben. Trotzdem war die FDP bereit, 250 Stellenprozenten für die Schulsozialarbeit zuzustimmen. Eine Mehrheit im Gemeinderat wollte darauf aber nicht eingehen. In diesem Zusammenhang zeigt die CVP ein seltsames Demokratieverständnis, indem den Parteien, die gegen den Antrag der Schulpflege gewesen sind, destruktive Arbeit vorgeworfen wird. Mit dem neuen Kinder- und Jugendhilfegesetz erhält die Schule nun eine neue Chance, mit gutem Beispiel und viel Überzeugungsarbeit im Gemeinderat und bei den Stimmberechtigten die Schulsozialarbeit wieder einzuführen.

Ernst Joss (AL) erklärt, dass man viel über Stellenprozente gehört hat. Die Diskussion zeigt, wie klein die Differenz damals gewesen ist. Einer Schulsozialarbeit mit 250 Stellenprozenten war man bereit zuzustimmen, aber nur wenig mehr Stellenprozente wurden abgelehnt. Man hat also wegen 40 Stellenprozenten die Schulsozialarbeit aufs Spiel gesetzt. Der Ruf einer Stadt leidet effektiv darunter, wenn man keine Schulsozialarbeit hat. Selbstverständlich muss der letztlich demokratisch zustande gekommene Entscheid respektiert werden. Es ist aber schade, dass wegen einer derart kleinen Differenz das Stimmvolk entscheiden musste. Dietikon braucht unbedingt eine Schulsozialarbeit.

Thomas Wirth (EVP) stellt fest, dass weder er selber als Ortsparteipräsident noch die EVP als Partei ein Interesse daran hatten, dass die Schulsozialarbeit abgeschafft wurde. Im Nachhinein einen Schuldigen zu suchen, ist müssig. Darum schlägt Thomas Wirth vor, dass nun eine gute Lösung gesucht wird.

Rochus Burtscher (SVP) stellt klar, dass nicht die SVP und die FDP die Schulsozialarbeit abgeschafft haben. Die SP war nicht fähig um 40 Stellenprozente entgegen zu kommen. Nicht der damalige Schulpräsident hat darauf hingewiesen, dass bei einer Ablehnung an der Urne die ganze Schulsozialarbeit abgeschafft würde, sondern der seinerzeitige Präsident der SP. Man soll nicht die anderen beschuldigen, wenn man selber schuld ist. Auch dem Souverän ist kein Vorwurf zu machen.

Josef Wiederkehr (CVP) meint, dass der Sachverhalt klar ist. Zwei Dinge kann er aber so nicht im Raum stehen lassen. Es wurde behauptet, dass es in der CVP keine Kompromissbereitschaft gebe. Dabei stellt sich vielmehr die Frage nach der Kompromissbereitschaft der SVP. Ausserdem ist seit zwei Jahren nichts unternommen worden.

Rosmarie Joss (SP) erklärt, dass die SP damals sehr kompromissbereit war. Ursprünglich wollte man eine höhere Stellenaufstockung beantragen. Ein Kompromiss hätte dann bei 290 Stellenprozenten gefunden werden können. Die SVP hat im Gemeinderat keine absolute Mehrheit. Es geht deshalb nicht an, dass alle Parteien unterstützen müssen, was die SVP vorschlägt. Das ist ein seltsames Demokratieverständnis. Die Diskussion wurde heute teilweise sehr trotzig geführt. Es müsste aber jedem klar sein, dass es die Schulsozialarbeit braucht. Andernorts wird die Einführung der Schulsozialarbeit mit Stolz verkündet.

Markus Erni (SVP) erklärt, dass "Kompromiss" ein sehr guter Begriff ist, über den man schon oft diskutiert. Ein Kompromiss ist nicht, wenn man dem anderen zustimmt, sondern wenn man sich in der Mitte trifft. Das hat man damals gemacht. Eine Abstimmung erfolgte im Gemeinderat sowohl über 290 wie über 250 Stellenprozente. Die Ratslinke wollte den Kompromiss aber nicht eingehen.

19. Sitzung vom 1. September 2011

Pius Meier (CVP) stellt fest, dass Rochus Burtscher von Siegern sprach, dabei aber nicht gemerkt hat, dass es in dieser Sache nur Verlierer gibt.

Schulvorstand Jean-Pierre Balbiani stellt fest, dass er den damaligen Entscheid über die Schulsozialarbeit als eine Art "Betriebsunfall" sieht. Es nützt heute nichts, untätig zu sein. Man soll in die Zukunft blicken. Bisher war man nicht untätig, was aus der Beantwortung der Interpellation ersichtlich ist. Die Zeit hat sich seither verändert und auch die Schule. Es sind heute 40 Lehrkräfte mehr angestellt als damals. Ausserdem hat man auf den Entscheid des Kinder- und Jugendhilfegesetzes gewartet. Leider ist das Gesetz so wässrig, dass eine Einführung der Schulsozialarbeit nicht ohne weiteres möglich ist. Wenn eine neue Lösung vorgeschlagen wird, muss sie fundiert und seriös sein. Es ist bereits eine Arbeitsgruppe eingesetzt. Ein neuer Vorstoss kann durchaus eingereicht werden, aber momentan dürfte dies wenig sinnvoll sein.

L2.7.Dor. Fussballplatz Dornau

Fussballplatz Dornau; Erhöhung Sicherheit Zufahrtsstrasse

Postulat

Angela Gullo, Mitglied des Gemeinderates, und 12 Mitunterzeichnende haben am 7. Juli 2011 folgendes Postulat eingereicht:

"Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, was in Zusammenarbeit mit der Gemeinde Weiningen, unternommen werden kann, um bei der Zufahrtsstrasse sowie dem Fuss- und Veloweg zur Sportanlage Dornau die Sicherheit zu erhöhen.

Begründung:

Der Uferweg ist nicht beleuchtet, somit für Junioren am Abend nicht zumutbar. Die Kinder werden mit dem Auto zum Training gefahren und vom Training abgeholt. Eine Beleuchtung würde einerseits die Sicherheit erhöhen und andererseits den täglichen motorisierten Verkehr mehrfach reduzieren. Die Zufahrtsstrasse ist ebenfalls unbeleuchtet, unübersichtlich und zu eng. Im Falle von Gegenverkehr müssen beide Autos je zur Hälfte den asphaltierten Weg verlassen, um aneinander vorbei zu kommen.

Bei Anlässen, wie schon bei einem Spiel der 1. Mannschaft, ist der letzte Abschnitt mit auf beiden Seiten parkierten Autos belegt. Eine Durchfahrt wird nun unmöglich, spätestens vor dem roten Sandplatz ist die Blockade garantiert. Was geschieht, falls eine Notsituation eintritt? Ein Feuerwehrgewagen oder eine Ambulanz müssten sehr rasch und ohne Behinderungen den Platz erreichen können. Unter den heutigen Verhältnissen ist das grundlegendste Recht auf Hilfeleistung nicht gegeben.

Mit dem Aufstieg der 1. Mannschaft in die 2. Liga Interregional steigt auch das Image der Stadt Dietikon. Der Aufstieg bedeutet aber auch, dass Mannschaften und Zuschauer vermehrt mit Cars zur Dornau anreisen werden. Die Dornau bietet weder die Zufahrtsstrasse noch geeignete Parkplätze. Zu einer zeitgemässen Anlage gehören eine moderne Infrastruktur mit Allwetterspielfeldern, genügend breite und beleuchtete Wege resp. Strassen sowie Parkplätze in ausreichender Anzahl.

Fussball ist gesundheitsfördernd und dient der Integration. Sportliche Aktivität wirkt präventiv gegen spätere Sozial- und Gesundheitskosten."

19. Sitzung vom 1. September 2011

Mitunterzeichnende:

Catherine Peer
Gabriele Olivieri
Peter Wettler

Josef Wiederkehr
Anton Kiwic
Otilie Dal Canton

Rosmarie Joss
Cécile Mounoud
Ernst Joss

Max Wiederkehr
Werner Hogg
Sven Koller Metzler

Begründung

Angela Gullo (SP) erklärt, dass der Zustand der Anlage dem Image der Stadt Dietikon schadet. Die Benützung des Weges ist je nach Tageszeit unterschiedlich stark. Am Abend ist es sogar gefährlich. Es ist nachvollziehbar, dass die Eltern keinen Kindern zumuten wollen, den Weg bei Dunkelheit zurückzulegen. Man bringt und holt also die Kinder. Damit stellt sich aber die Frage der Umweltbelastung und der Sicherheit. Fahrzeuge können schlecht kreuzen. Jemand muss zurückfahren. Es kommen kaum zwei Autos aneinander vorbei. Spätestens beim roten Sandplatz gibt es kein Durchkommen mehr, weil dort schon andere Fahrzeuge parkiert sind. Die erste Mannschaft des FC Dietikon spielt in einer höheren Liga, was mehr Besucher und mehr Fahrzeugverkehr bedeutet. Auch mit Cars ist vermehrt zu rechnen. Überhaupt nicht akzeptabel ist, dass im Ernstfall weder Feuerwehr noch Krankenwagen zufahren können. Der Verein zählt 26 Mannschaften, davon 2 Frauenmannschaften und 300 Junioren. Er leistet ausserdem einen sehr grossen Beitrag zur Gesundheitsförderung und zur Integration.

Ratspräsident René Stucki stellt fest, dass der Stadtrat bereit ist, das Postulat entgegenzunehmen. Nachdem kein anderer Antrag gestellt wird, gilt es als überwiesen.

V2.24.1. Bremgarten-Dietikon-Bahn

Lärmbelästigung durch die BDWM

Interpellation

Rochus Burtscher, Mitglied des Gemeinderates, und 14 Mitunterzeichnende haben am 7. Juli 2011 folgende Interpellation eingereicht:

"Die BDWM fährt über den Reppischhof, die Bremgartnerstrasse bis zum Bahnhof hinunter. An dieser Strasse werden die Bewohner und Bewohnerinnen sowie das Gewerbe durch die Lärmemissionen stark beeinträchtigt. So z. B., wenn man in der Gartenwirtschaft des Restaurants Honeret sitzt, ist es beim Durchfahren der BDWM schlicht nicht mehr möglich, ein Gespräch zu führen. Stellen Sie sich nun vor, was die Bewohner an dieser Strecke erleiden müssen.

5. *Hat sich der Stadtrat mit der BDWM bereits einmal vor Ort über die Lärmemissionen informiert? Wenn ja, wann?*
6. *Werden bzw. wurden die Lärmemissionen der BDWM gemessen? Wenn ja, wie hoch sind diese?*
7. *Welche Massnahmen wurden bis heute umgesetzt, damit die Lärmemissionen eingedämmt werden bzw. welche Massnahmen sind geplant, damit der Lärm eingedämmt werden kann?"*

Mitunterzeichnende:

Alfons Florian
Jörg Dätwyler
Markus Erni
Anton Kiwic

Roger Bachmann
Ralph Hofer
Philipp Müller
Werner Hogg

Trudi Frey
Irene Wiederkehr
Werner Lips

Martin Romer
Stephan Wittwer
Peter Wettler

V2.24.1. Bremgarten-Dietikon-Bahn

Unfallgefahr durch die BDWM

Interpellation

Rochus Burtcher, Mitglied des Gemeinderates, und 22 Mitunterzeichnende haben am 7. Juli 2011 folgende Interpellation eingereicht:

"Die BDWM fährt über den Reppischhof, die Bremgartnerstrasse bis zum Bahnhof hinunter. An mehreren Stellen sind "intelligente" Warnlichter installiert worden, die für die Verkehrsteilnehmer aufgrund falscher Platzierung schlecht bzw. zu spät einsehbar sind.

- 1. Wer hat die Installation der intelligenten Warnlichter veranlasst und wer hat die Standorte bestimmt?*
- 2. Was unternimmt die Stadt, damit die Signalisation wo nötig so platziert wird, dass sie für die Verkehrsteilnehmer einsehbar wird und bezüglich Verkehrssicherheit einen Nutzen bringt?*
- 3. Konnte zudem effektiv nachgewiesen werden, dass aufgrund der Warnlichter weniger Unfälle passieren? Wenn ja, wie?*

Mitunterzeichnende:

Alfons Florian	Gabriele Olivieri	Roger Bachmann	Trudi Frey
Stephan Wittwer	Angela Gullo	Martin Romer	Ralph Hofer
Jörg Dätwyler	Markus Erni	Werner Lips	Philipp Müller
Erich Burri	Thomas Wirth	Catherine Peer	Julia Neuenschwander
Irene Wiederkehr	Peter Wettler	Anton Kiwic	Werner Hogg
Sven Koller Metzler	Pius Meier		

Begründungen

Rochus Burtcher (SVP) erklärt, dass die BDWM ein guter Zubringer der Dietiker Bevölkerung zum Bahnhof Dietikon von der Station Dietikon Stoffelbach ist. Nun gibt es aber auch mehrere Emissionen durch den öffentlichen Verkehr - z.B. den Lärm. Das Gequietsche der BDWM ist nicht tragbar. Wenn man z.B. beim Restaurant Honeret etwas trinken bzw. essen will und gleichzeitig die BDWM vorbeifährt, ist die Diskussion mit dem gegenüberstehenden Nachbarn nicht mehr möglich. Das Gequietsche schmerzt in den Ohren und ist unerträglich. Nicht nur die Gäste des Restaurants sondern insbesondere die Anwohner und die Gewerbetreibenden sind betroffen.

Ausserdem hat die BDWM intelligente Warnlichter zur Eindämmung der Gefahr aufgestellt. Das Intelligenteste steht an der Schöneegg-/Bremgartnerstrasse. Dieses wurde zwar in der Zwischenzeit mit einem noch intelligenteren System ausgerüstet. Ob dieses von Fahrzeughalter, Fahrradfahrer oder Fussgängern auch wirklich beachtet wird, ist eher fraglich. Die Unfallgefahr ist gefühlsmässig sicher nicht zurückgegangen, sondern hat eher zugenommen - weil man dadurch noch mehr abgelenkt wird.

Ratspräsident René Stucki stellt fest, dass dem Stadtrat für die Beantwortung der Interpellation gemäss § 57 der Geschäftsordnung drei Monate zur Verfügung stehen.

19. Sitzung vom 1. September 2011

01.3. Informationspolitik, Kontakt zur Bevölkerung

Publikationen aus der Stadtverwaltung

Beantwortung Interpellation

Jörg Dätwyler, Mitglied des Gemeinderates, und 10 Mitunterzeichnende haben am 4. März 2011 folgende Interpellation eingereicht:

"Die August-Ausgabe 2008 der Fachzeitschrift für Architektur und Design "Hochparterre" war vollumfänglich der regen Bau- und Planungstätigkeit der Stadt Dietikon gewidmet. Dem Vernehmen nach handelte es sich dabei um eine so genannte Publi-Reportage. Auch wurde letztes Jahr im Namen der Stadt Dietikon das Buch "Krone Dietikon Vergangenheit und Zukunft" herausgegeben. In diesem Zusammenhang bitte ich den Stadtrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. *Wie viele Arbeitsstunden der Verwaltung wurden für diese "Publi-Reportage" in der Fachzeitschrift "Hochparterre", bzw. für die Herausgabe des Buches "Krone Dietikon" aufgewendet?*
2. *Welche Verwaltungsstellen haben den Auftrag erteilt?*
3. *Welche Kosten sind der Stadt Dietikon entstanden?*
4. *Welche Ziele wurden angestrebt und wieweit wurden diese erreicht?*
5. *Inwiefern erachtet es der Stadtrat als Aufgabe der öffentlichen Hand, mittels Publi-Reportage in einem Fachmagazin bzw. als Herausgeber für das Buch "Krone Dietikon" aufzutreten?*
6. *Wurden in den letzten Jahren noch weitere Publi-Reportagen in Auftrag gegeben bzw. sind weitere geplant?"*

Mitunterzeichnende:

Stephan Wittwer
Irene Wiederkehr
Markus Erni

Ralph Hofer
Trudi Frey
Erich Burri

Alfons Florian
Rochus Burtscher

Esther Wyss
Roger Bachmann

Die Interpellation von Jörg Dätwyler wird wie folgt beantwortet:

Zu Frage 1:

Die Hochbauabteilung hat für das Hochparterre Sonderheft mit Vorbesprechungen und Redaktions-sitzungen etwa vierzig Stunden aufgewendet. Für die Herausgabe des Kronenbuchs wurden seitens der Hochbauabteilung etwa vier Wochen aufgewendet.

Zu Frage 2:

Für das Sonderheft des Hochparterres und das Kronenbuch wurden Auftrag und Kredit durch die Baukommission vergeben.

Zu Frage 3:

Die Gesamtkosten des Sonderhefts Hochparterre liegen bei etwa Fr. 90'000.00, welche durch Wüest & Partner über Sponsoring namhafter Dietiker Unternehmen zusammengetragen wurde. Die Stadt Dietikon hat sich mit einem Patronatsbeitrag von Fr. 25'000.00 engagiert. Für die Herausgabe des Kronenbuches hat die Baukommission am 23. Juni 2010 einen Kredit in der Höhe von Fr. 50'000.00 gesprochen. Im Gegensatz zum Sonderheft Hochparterre wird dieses durch die Stadt zum Verkauf angeboten.

Zu Frage 4:

Die in Zürich verlegte Fachzeitschrift Hochparterre gehört zu den führenden Schweizer Periodika im Bereich Architektur, Städtebau und Design. Das Hochparterre Sonderheft zeigt die planerische und städtebauliche Entwicklung Dietikons in den letzten dreissig Jahren unter besonderer Berücksichtigung der jüngsten Entwicklung. Ziel war es, die Stadt Dietikon und ihre Entwicklung einem interessierten Publikum über das Limmattal hinaus näher zu bringen. Die Baukommission wollte die Anstrengungen der letzten Jahre einer interessierten Schweizer Leserschaft näher bringen und beauftragte die Hochbauabteilung mit den Vorbereitungsarbeiten zu einem Sonderheft. Diese hat mit der Unternehmung Wüest & Partner und der Redaktion des Hochparterres Gespräche über Dietikon und dessen Entwicklung geführt und die Themen vorgeschlagen.

Dietikon leidet überregional zu Unrecht an einem eher negativen Image. Diesem sollte auf der Ebene der Stadtentwicklung mit dem Sonderheft entgegengetreten werden. Viele positive Rückmeldungen zeigen, dass das angestrebte Ziel mit dem Sonderheft über Dietikon erreicht werden konnte.

Zu Frage 5:

Der Stadtrat ist bestrebt, Dietikon auf verschiedenen Ebenen als "Wirtschaftsstandort mit Lebensqualität" zu entwickeln und Erreichtes zu verbessern. Diese Anstrengungen sollen periodisch und über verschiedene Kanäle bekannt gemacht werden und dienen damit der Öffentlichkeitsarbeit. Nebst einem modernen und aktuellen Internetauftritt der Stadt unterstützen auch Reportagen in Zeitschriften bzw. Imagebroschüren oder – bei bedeutenden Bauwerken – ein Buch über die Umbaugeschichte dieses Ziel. Der Stadtrat erachtet Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit als wichtigen Teil der Standortförderung.

Zu Frage 6:

Im Jahre 2010 erschienen zwei weitere Reportagen in "Trends&Style" und in der Westschweizer Zeitschrift "Edifice". Im Moment sind keine weiteren Publi-reportagen seitens der Hochbauabteilung geplant.

Diskussion

Jörg Dätwyler (SVP) stellt fest, dass die Hochbauabteilung vierzig Arbeitsstunden für den Bericht in der Sonderausgabe Hochparterre gearbeitet hat. Volle vier Arbeitswochen hat man für die Herausgabe des Kronen-Buches eingesetzt. Der Auftrag wurde von der Baukommission erteilt. Gehört das zur Aufgabe der Baukommission und der Bauabteilung? Bei der Antwort zu Frage 3 sind die Kosten aufgelistet. Leider ist hier nicht ersichtlich, ob die zahlreichen Arbeitsstunden enthalten sind. Die Ziele seien dank vielen positiven Rückmeldungen erreicht worden. Auch das schöne Kronen-Buch konnte jedoch keinen Mieter nach Dietikon holen. Die schönen Publikationen sind sicherlich "nice-to-have". Der Stadtrat sollte derartige Aktionen aber besser den Privaten überlassen, nachdem man ja auf Steuerausgleich angewiesen ist.

Anton Kiwic (SP) stellt fest, dass wir dank der Fragen von Jörg Dätwyler wissen, dass die Stadt mit Fr. 25'000 Image-Werbung betreiben konnte. Man weiss auch, dass die Werbung für die Unternehmen Fr. 65'000 Wert gewesen ist. Eigentlich kann man dem Stadtrat nur zum letzten Satz seiner Antwort einen Vorwurf machen, weil er keine Publi-Reportagen mehr plant. Imageverbesserung basiert nicht nur auf Einzelaktivitäten. Die Standortförderung muss jederzeit eine Handvoll Aktivitäten bereit haben. 63'000 Leserinnen und Leser geben Geld aus, um sich über Dietikon zu informieren. Die Zeitschrift Hochparterre wechselt bis zu 5 mal die Hand und die Aktualität hält sich vier Jahre. Dietikon ist nur eine von 30 Städten, die sich in den letzten 20 Jahren auf diese Art präsentieren konnten. Die Warteschlange für einen Bericht in dieser Zeitschrift ist lange. Die Publikation hat vornehmlich positive Rückmeldungen ergeben.

19. Sitzung vom 1. September 2011

GV4.321.7. Reden, Ansprachen, Erklärungen
Veranstaltungen

Ratspräsident René Stucki weist auf die Informationsveranstaltung zur Limmattalbahn für die Gemeinderäte am 6. Oktober 2011 und den Gemeinderatsausflug vom 10. September 2011 hin.

Schluss der Sitzung: 21.15 Uhr

Die Richtigkeit des Protokolls bezeugen:

René Stucki
Präsident

Daniel Müller
Sekretär

Philipp Müller
Stimmenzähler

Irene Wiederkehr
Stimmenzählerin

Catalina Wolf-Miranda
Stimmenzählerin